

Fragen

für die Fragestunde der 174. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Juni 2024

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke)	11, 50	Irlstorfer, Erich (CDU/CSU)	12, 13
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 48	Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	27
Borchardt, Simone (CDU/CSU)	14, 15	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	7, 8
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	56, 57	Kleinwächter, Norbert (AfD)	29, 36
Brandner, Stephan (AfD)	5, 6	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	63, 64
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	39, 40	Lay, Caren (Gruppe Die Linke)	30
Bystron, Petr (AfD)	37, 38	Monstadt, Dietrich (CDU/CSU)	16, 21
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	46, 47	Müller, Axel (CDU/CSU)	22, 23
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	61, 62	Perli, Victor (Gruppe Die Linke)	28
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	34, 35	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	2, 65
Gürpınar, Ates (Gruppe Die Linke)	19, 20	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	17, 18
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	42, 52	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	33, 51
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	54, 55	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	58, 59
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	1, 49	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	10, 53
Hoppenstedt, Hendrik, Dr. (CDU/CSU)	60	Schattner, Bernd (AfD)	3, 4
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	24, 25	Schmidt, Eugen (AfD)	44, 45
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	31, 41	Seitz, Thomas (fraktionslos)	32, 43
		Zeulner, Emmi (CDU/CSU)	9

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	20

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

1. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU) Wie viele bezahlte Nebentätigkeiten wurden im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) seit Beginn der Amtszeit der Bundesregierung von Mitgliedern der Leitungsebene (ab Ebene der Referatsleitung) angezeigt, und für welche Auftraggeber waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 19, Plenarprotokoll 20/159, S. 20421)?
2. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Auf welchen Erkenntnissen fußt die Aussage des Bundesministers für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach, die Zahl der Pflegefälle in Deutschland sei „explosionsartig“ und vor allem unerwartet stark angestiegen (vgl. RND – www.rnd.de/politik/pflegefaelle-in-deutschland-explosionsartig-gestiegen-pflegeforscher-widersprechen-karl-lauterbach-X4BMKFZ2DBAP5I3BNPXZZ5TWIQ.html, zuletzt abgerufen am 29. Mai 2024)?
3. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie schätzt die Bundesregierung die momentane Lage in den deutschen Apotheken ein?
4. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie schätzt die Bundesregierung den momentanen Zustand in deutschen Krankenhäusern ein?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Beabsichtigt der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach aufzuklären, welche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie unnötig gewesen sind, nachdem er in einer Fernsehsendung gesagt hat, dass einige der ergriffenen Einschränkungen „Schwachsinn“ gewesen seien, und falls ja, wie beabsichtigt er, dies aufzuklären (www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-karl-lauterbach-betitelt-einige-massnahmen-im-rueckblick-als-schwachsinn-a-58ba59b0-a3b7-4310-aed0-5deb025fff2a)?
6. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Hat das Bundesministerium für Gesundheit Maßnahmen ergriffen, um künftigen Arzneimittel-Lieferengpässen entgegenzuwirken, und falls ja, um welche Maßnahmen handelt es sich dabei?
7. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD) Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bis heute unternommen, um Umfang, Ursachen und Folgen des sogenannten Post-Vac-Syndroms, also der Neben- und Spätwirkungen der COVID-Impfungen, zu erforschen?

8. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wie will das Bundesministerium für Gesundheit sicherstellen, dass die durch die Krankenhausreform zu erwartende deutlich längere Anfahrtszeit zur Notfallversorgung (https://m.focus.de/finanzen/news/operation-fahrtzeiten-kosten-das-aendert-sich-durch-klinik-reform-von-lauterbach_id_259771823.html) nicht zu ansonsten vermeidbaren Todesfällen führt?
9. Abgeordnete
Emmi Zeulner
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung angesichts der sich häufenden Berichte, nach denen Mädchen und Frauen nicht mehr von gynäkologischen Praxen aufgenommen werden und entsprechend keine gynäkologische Versorgung mehr erhalten, um beispielsweise auch eine Erstberatung zur Verhütung mit der Pille erhalten zu können, Maßnahmen wie beispielsweise eine Änderung der Bedarfsplanung auf den Weg zu bringen, und wenn nicht, warum ist dies aus der Sicht der Bundesregierung nicht notwendig?
10. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wann nimmt das Bundesministerium für Gesundheit den mit 687 Ja-Stimmen gefassten Beschluss des Deutschen Bundestages zur Suizidprävention (Bundestagsdrucksache 20/7630) zur Kenntnis und nimmt die umfassende Bearbeitung der Beschlussinhalte (bitte Punkt für Punkt auflisten) im vom Parlament mit dem Beschlusstext gesetzten Zeitrahmen auf (bitte konkret Bezug auf den genannten Antrag nehmen, ohne Maßgabenbeschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages)?
11. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Aus welchem Grund erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten Heidi Reichinnek (Gruppe Die Linke) auf Bundestagsdrucksache 20/11712, dass sowohl für eine flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen bei Schwangerschaftsabbrüchen als auch für ärztliche Weiterbildung die Länder zuständig seien, und warum nennt sie auch sonst keine konkreten neuen Maßnahmen, obwohl sie doch im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigt hatte, dass Schwangerschaftsabbrüche Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung werden sollen und sie die flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen sicherstellen wird (www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, S. 92)?

12. Abgeordneter
Erich Irlstorfer
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Notlage in Kinder- und Jugendkliniken hinsichtlich der massiv gefährdeten medizinischen und pflegerischen Versorgung, bzw. mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung, dieser kurz-, mittel- und langfristig entgegenzuwirken?
13. Abgeordneter
Erich Irlstorfer
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesministerium für Gesundheit Kenntnis vom Münchhausen-Stellvertreter-Syndrom, auch Münchhausen-by-proxy-Syndrom genannt, in Verbindung mit ME/CFS, sowie den damit zusammenhängenden Herausforderungen von Familien mit an ME/CFS erkrankten Kindern, und wenn ja, mit welchem Ergebnis, und welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die Familien in diesem Zusammenhang zu schützen?
14. Abgeordnete
Simone Borchart
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle wirtschaftliche Situation der Apotheken vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesgerichtshofes zur Gewährung von Skonti und der Tatsache, dass das Verbot von Skonti zu keinen Einsparungen in der gesetzlichen Krankenversicherung führen würde?
15. Abgeordnete
Simone Borchart
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung, den Genehmigungsvorbehalt bei Medizinalcannabis abzuschaffen und somit die Therapiehoheit von Ärztinnen und Ärzten zu stärken, und wenn ja, bis wann, und wenn nein, warum nicht?
16. Abgeordneter
Dietrich Monstadt
(CDU/CSU)
- Gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass die Versorgungsverträge für die außerklinische Intensivpflege zum 1. Juli 2024 auslaufen, tätig zu werden, um die gefährdete Versorgungssicherheit von betroffenen Patientinnen und Patienten infolge von stockenden Vertragsverhandlungen zwischen Leistungserbringern einerseits und Ersatzkassen und Landesverbänden der Krankenkassen andererseits sowie allgemeinen Umsetzungsschwierigkeiten zu gewährleisten?

17. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den von nahezu der gesamten medizinischen Fachwelt, u. a. der Deutschen Krankenhausgesellschaft e. V., und von allen medizinischen Fachgesellschaften kritisierten Bundes-Klinik-Atlas aufgrund seiner großen inhaltlichen Fehler und Fehlinformationen – trotz zwischenzeitlich erfolgter Updates – zumindest so lange vom Netz zu nehmen, bis diese großen Fehler behoben sind, um Patienten nicht in die Irre zu führen und falsch zu steuern, und wenn nein, aus welchen Gründen nimmt die Bundesregierung diese gravierende Kritik nicht zum Anlass für diesen in meinen Augen dringend notwendigen Schritt (vgl. u. a. www.augsburger-allgemeine.de/politik/krankenhausreform-sofort-abscalten-verheerendes-zeugnis-fuer-lauterbachs-klinik-atlas-id70922406.html)?
18. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung die Praxis einzelner Online-Apotheken bekannt, ihren Kunden beim erstmaligen Einlösen eines E-Rezepts via Card-Link einen Erlass von 10 Euro auf die Zuzahlung anzubieten, und wenn ja, hat sich zur Vereinbarkeit dieses Vorgehens mit den Regelungen des Heilmittelwerbegesetzes (HWG) und des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (vgl. u. a. www.pharmazeutische-zeitung.de/abmahnung-fuer-shop-apothek-e-147754/) eine rechtliche Auffassung gebildet, und wenn ja, sieht sie darin wie ich eine Benachteiligung von inhabergeführten Vor-Ort-Apotheken, die sich nach meiner Kenntnis flächendeckend an geltendes Recht halten, bzw. wenn nein, warum sollten sich dann auch inhabergeführte Vor-Ort-Apotheken an diese rechtlichen Vorgaben halten, wenn es Online-Versandapotheken nach meiner Ansicht offenbar nicht tun?
19. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(Gruppe Die Linke)
- Auf welcher Grundlage fußt die Prognose von einem Zuwachs von 50.000 pflegebedürftigen Menschen für das Jahr 2023, mit der das Bundesministerium für Gesundheit laut dem Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach gerechnet hatte (www.rnd.de/politik/gesundheitsminister-karl-lauterbach-im-interview-ueber-finanzierung-de-r-pflege-und-steigende-Y4YWEVSRI5GMXDCQECWR3IFFXQ.html), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass sie sich als zu niedrig erwiesen hat?

20. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(Gruppe Die Linke)
- Warum hat die Bundesregierung die Kritik des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) und der GKV-Dachverbände, dass mit der Einführung vertraulicher Erstattungspreise für patentgeschützte Arzneimittel erhebliche Mehrkosten auf die gesetzliche Krankenversicherung zukommen (www.aerzteblatt.de/nachrichten/150412/Sorge-vor-Milliardenloechern-durch-vertrauliche-Erstattungspreise), nicht bei der weiteren Ausarbeitung des Medizinforschungsgesetzes im Sinne der Kostensenkung eingearbeitet, und wie möchte die Bundesregierung die nach meiner Ansicht notwendige Kostentransparenz für Krankenversicherungen, Apothekerinnen und Apotheker, Ärztinnen und Ärzte und Patientinnen und Patienten garantieren, ohne zusätzliche Bürokratie nötig zu machen?
21. Abgeordneter
Dietrich Monstadt
(CDU/CSU)
- Wann wird die Nationale Diabetesstrategie umgesetzt, vor dem Hintergrund, dass der Deutsche Bundestag am 3. Juli 2020 den Start einer Nationalen Diabetesstrategie beschlossen hat und Diabetes mellitus pandemische Ausmaße angenommen hat und weltweit jeder zehnte Erwachsene betroffen ist, alle fünf Sekunden laut Helmholtz-Gemeinschaft ein Mensch daran stirbt und die Krankheit im Jahr 2021 geschätzte Kosten von 900 Mrd. Euro verursachte?
22. Abgeordneter
Axel Müller
(CDU/CSU)
- Ist es im Gesetzespaket zur Reform der stationären Versorgung im Krankenhaus beabsichtigt, im Rahmen der weiteren Beratungen in § 6a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, welcher Aussagen zur Krankenhausplanung macht, einen Passus zu schaffen, der es ermöglicht, für einen noch festzulegenden Korridor in Regionen, die sich über eine Landesgrenze erstrecken, eine gemeinsame Krankenhausplanung zuzulassen?
23. Abgeordneter
Axel Müller
(CDU/CSU)
- Können bei länderübergreifenden Versorgungseinrichtungen durch die zuständigen Landesbehörden für einen Krankenhausstandort auch Leistungsgruppen nach § 6a Absatz 1 und 4 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zugewiesen werden, wenn die Leistungsgruppen auf Kooperationen fußen, die sich in einer Region über Landesgrenzen hinweg gebildet haben, um die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten?

24. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Ist der im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bereits für Ende 2022 angekündigte „Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen“, seitdem er nach der Auftaktveranstaltung am 18. Oktober 2023 bis Sommer 2024 erarbeitet werden sollte, mittlerweile fertiggestellt, und welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, noch in der aktuellen Legislaturperiode umzusetzen?
25. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Auf welche Tatsachen gründet die Bundesregierung, die in der Begründung ihres Gesetzentwurfes vom 23. Januar 2023 ihre Absicht angeführt hat, „einen reibungslosen Übergang des Informations- und Beratungsangebots der aktuellen UPD, die bis zum 31. Dezember 2023 tätig ist, hin zum neuen Informations- und Beratungsangebot der Stiftung zu ermöglichen“ (Bundestagsdrucksache 20/5334, S. 15), ihre Aussage in dem vom Bundesministerium für Gesundheit verfassten „Sachstandsbericht zur Umsetzung der Reform der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD)“ vom August 2023, ein Betriebsübergang sei „seitens des Gesetzgebers bewusst nicht vorgesehen“ worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

26. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gefahren sieht die Bundesregierung, die von künstlich generierten Inhalten in sozialen Medien ausgeht, insbesondere im Hinblick auf politisch motivierte Inhalte (zur grundsätzlichen Problematik siehe zum Beispiel: www.spiegel.de/netzwelt/web/amazon-google-und-co-techunternehmen-sagen-kennzeichnung-von-ki-generierten-inhalten-zu-a-fdd59a51-1e7c-445c-9eb8-5adb1cb5be8a), und plant die Bundesregierung eine klare und verpflichtende Kennzeichnung von künstlich generierten Inhalten in den sozialen Medien?
27. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wann werden die beiden bereits seit November 2023 fertiggestellten Masten der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) in Betrieb gehen (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/11302), und aus welchem Grund braucht die Inbetriebnahme der beiden Masten so lange?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

28. Abgeordneter
Victor Perli
(Gruppe Die Linke)
- Welche weiteren Untersuchungen sind nach der Veröffentlichung des Bodengutachtens zu dem von der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) geplanten Zwischenlager-Standort oberhalb des Atommülllagers Asse II in Auftrag gegeben worden, und welche Empfehlungen aus dem Bodengutachten der beauftragten Gutachter wurden umgesetzt bzw. nicht umgesetzt?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

29. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Wird der Bundeskanzler Olaf Scholz eine Nominierung von Ursula von der Leyen zur Präsidentin der EU-Kommission durch die Bundesregierung mittragen, selbst wenn sich die nächste Kommission „auf eine Mehrheit [stützt], bei der es auch die Unterstützung von Rechtsextremen braucht“, und über welche vermeintlich uneindeutigen politischen Aussagen, „die wir zuletzt gehört haben“, ist der Bundeskanzler Olaf Scholz schockiert (bitte nach Adressant und Datum auflisten, vgl.: „Scholz sagte auch, er sei schockiert über die ‚Uneindeutigkeit manch politischer Aussagen, die wir zuletzt gehört haben‘, ohne dies näher zu erläutern“, in: Euractiv am 24. Mai 2024, www.euractiv.de/section/europawahlen/news/scholz-warnt-von-der-leyen-vor-zusammenarbeit-mit-rechten/, zuletzt am 31. Mai 2024 abgerufen)?
30. Abgeordnete
Caren Lay
(Gruppe Die Linke)
- Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der vielfachen Überzeichnung beim Festival-Förderfonds sowie des großen Bedarfs an Förderung in der Clubkultur insgesamt (vgl. www.livemusikkommission.de/pressemitteilung-tropfen-auf-dem-heissen-stein-aktuelle-foerderprogramme-decken-kaum-die-bedarfe-der-gebeutelten-clubs-und-festivals), Bundesförderprogramme im Bereich Clubs und Festivals wie den Festivalförderfonds und das Programm PlugIn, im Haushaltsjahr 2025 aufzustocken?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

31. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Mit Mitteln in welcher Höhe hat die Bundesregierung das Austauschprogramm „Beyond Washington“ für Mitarbeiter von Abgeordneten des Deutschen Bundestages finanziert (bitte nach den Jahren 2018 bis 2023 aufschlüsseln und den Anteil der Finanzierung durch die Bundesregierung an den Gesamtkosten des Programms angeben), und welche Gründe waren für die Entscheidung der Bundesregierung ausschlaggebend, ab dem Jahr 2024 aus der Finanzierung von „Beyond Washington“ auszusteigen, sodass die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin nun alleiniger Förderer des Programms ist (vgl. <https://culturalvistas.org/our-programs/professional-study-tours/beyond-washington/>)?
32. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wann wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz endgültig den nach § 54 des Gesetzes zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung (Kohleverstromungsbeendigungsgesetz – KVBG) vorgesehenen Bericht vorlegen, und wie erklärt sich die Bundesregierung zu der Aussage des damaligen Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen, „die Überprüfung soll so schnell wie möglich abgeschlossen werden“, in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 28 auf Bundestagsdrucksache 20/4434?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Finanzen**

33. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die voraussichtlichen Entgelte und geldwerten Vorteile durch Nebentätigkeiten aufgrund schriftstellerischer, wissenschaftlicher oder von Vortragstätigkeiten, die Beschäftigte der Abteilung ZR – Zentrale Rechtsabteilung – der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht seit dem Jahr 2020 angezeigt haben (bitte kalenderjährlich insgesamt und einzeln in Bezug auf die drei Beschäftigten mit den höchsten voraussichtlichen Entgelten und geldwerten Vorteilen unter Angabe ihrer jeweiligen Besoldungs- oder Entgeltgruppe aufschlüsseln)?

34. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Auf welche Summe belaufen sich die bisher im Jahr 2024 entstandenen Agien und Disagien aus dem Verkauf von Staatsanleihen, und wie hoch wären – sofern der Bundesregierung hierüber entsprechende Zahlen vorliegen – diese im gleichen Zeitraum nach Schätzung gewesen, wenn alle Disagien periodengerecht über die Laufzeit der Anleihen und nicht im Entstehungsjahr verbucht würden (vgl. www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Ministerium/Wissenschaftlicher-Beirat/Gutachten/schuldenmanagement-des-bundes.pdf?__blob=publicationFile&v=5)?
35. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Um wie viele Prozentpunkte müsste der „Reichensteuersatz“ (Höchststeuersatz) – soweit der Bundesregierung entsprechende Schätzungen vorliegen – erhöht werden, um die Mindereinnahmen durch den etwaigen Ausgleich der kalten Progression in den Jahren 2025 und 2026 bei der Einkommensteuer auszugleichen (vgl. www.deutschlandfunk.de/finanzminister-lindner-will-steuerzahler-bis-2026-um-23-milliarden-euro-entlasten-104.html sowie Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 35, Plenarprotokoll 20/105, S. 12764 (A))?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

36. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Daten darüber, in wie vielen Fällen der Song „L’amour toujours“ von Gigi d’Agostino für möglicherweise strafrechtliche Handlungen missbraucht wurde (wenn ja, bitte möglichst relativ zur Anzahl der Wiedergaben aufschlüsseln)?
37. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wer kommt bei den Regierungsteilnehmern an der privaten Bilderberg-Konferenz für die Reisekosten auf, und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zur Bilderberg-Konferenz im Hinblick auf das für die Demokratie zentrale Transparenzgebot (vgl. www.nachdenkseiten.de/?p=116012)?

38. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wie viele Anschläge, physische Übergriffe/Bedrohungen, Beschädigungen von Eigentum (Haus, Auto etc.) hat es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland seit 2015 gegen Islamkritiker gegeben (vgl. <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2024/das-fanal-von-mannheim/>)?
39. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Unter welchen Umständen kommt es nach den internen Vorgaben der Bundespolizei und den gesetzlichen Bestimmungen in Betracht, einem inzwischen anerkannten Flüchtling einen Gebührenbescheid für die Kosten der erkennungsdienstlichen Behandlung infolge der unerlaubten Einreise und die dafür benötigte Dolmetschung zuzustellen, weil der Betroffene „erneut als Tatverdächtiger in Betracht“ komme „und in den Kreis potenzieller Beteiligter an einer noch aufzuklärenden strafbaren Handlung einbezogen“ werde (dies wurde mir in einem Einzelfall aus Sachsen berichtet, der Bescheid liegt mir in anonymisierter Form vor; bitte unter Bezugnahme entsprechender interner Vorgaben und der gesetzlichen Bestimmungen antworten und nicht auf den Einzelfall, sondern auf die geschilderte Fallkonstellation abstellen), obwohl dies nach meiner Auffassung rechtswidrig wäre (Verstoß gegen Artikel 1 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention; zudem besteht bei anerkannten Flüchtlingen mit Aufenthaltsrecht keine Gefahr einer erneuten unerlaubten Einreise), und welche Daten zur Zahl solcher Gebührenbescheide in den letzten fünf Jahren (zudem differenziert nach den vier wichtigsten Herkunftsländern) liegen der Bundespolizei gegebenenfalls vor (bitte zumindest schätzungsweise Angaben machen, sofern zu der geschilderten Konstellation keine Daten vorliegen)?

40. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung ganz konkret, die Ankündigung des Bundeskanzlers Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung im Deutschen Bundestag vom 6. Juni 2024 umzusetzen, Schwerstkriminelle und terroristische Gefährder abzuschieben, auch wenn sie aus Syrien und Afghanistan kommen, wozu das Bundesministerium des Innern und für Heimat bereits an einer praktischen Umsetzung arbeite und mit den Nachbarländern Afghanistans im Gespräch sei (bitte so genau wie möglich ausführen, z. B. um welche Nachbarländer es sich handelt, ob die Betroffenen dort verbleiben oder weitergeschoben werden und wo sie ihre Haft verbringen sollen usw.), und ist es nach Einschätzung des Auswärtigen Amtes derzeit bzw. in absehbarer Zeit möglich, bei Abschiebungen nach Syrien bzw. Afghanistan verbindliches Recht einzuhalten, insbesondere das Abschiebungsverbot bei drohender Folter oder unmenschlicher Behandlung (vgl. z. B. Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention), sofern hierfür eine Zusammenarbeit und Absprachen mit diktatorischen und menschenrechtsverletzenden bzw. Terrorregimen wie denen in Syrien und Afghanistan erforderlich sind (bitte differenzieren nach Syrien und Afghanistan)?
41. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Sind der Bundesregierung konkrete Fälle einer auf die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 in Deutschland gerichteten ausländischen Einmischung bzw. Desinformation bekannt (siehe dazu www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/desinformation-wahlen-2253208), und falls ja, welche (bitte auch die jeweiligen anderen Staaten angeben), und mit welchen Mitteln hat die Bundesregierung ihre „Maßnahmen zum Schutz der Europawahl in Deutschland“ gefördert (siehe www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/europawahl-2024/artikel-europawahl-2024-faq-artikel.html)?
42. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Bis wann will die Bundesregierung die nach meiner Ansicht seit Jahren überfällige und dringend notwendige Gleichstellung für Helfende im Katastrophenschutz realisieren und die Ungleichheiten in der Versorgung, bei Unfällen, aber auch in Sachen Freistellung beseitigen?

43. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wie hoch ist nach Kenntnis des Bundesministeriums des Innern und für Heimat die Zahl der von der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser in der Bundepressekonferenz vom 5. Juni 2024 erwähnten Personen, „die eine potenzielle Gefahr für die Sicherheit Deutschlands darstellen“ (wie ab Minute 1:15 in dem Video auf www.youtube.com/watch?v=swXiMgDHNr8 aus geführt) und daher abzuschieben wären und deren „Bleibeinteressen nicht gegenüber dem Sicherheitsinteresse Deutschlands“ überwiegen würden, und insbesondere die tatsächliche Zahl von sofort ausreisepflichtigen Afghanen (im o. g. Video erwähnt ab Minute 6:13), und wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die von der Bundesinnenministerin Nancy Faeser benannten Abschiebevorhaben deshalb nicht durchgeführt werden können, weil dem die Beurteilungen des Auswärtiges Amtes entgegenstehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

44. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Mit welchen Summen förderte bzw. fördert die Bundesregierung die Projektarbeit mit den deutschsprachigen Gemeinschaften in Lateinamerika in den Jahren 2017, 2019, 2021, 2023 und 2024 (bitte die fünf Länder mit den höchsten Fördersummen über den Gesamtzeitraum aufführen)?
45. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Welche konkreten Projekte der deutschsprachigen Gemeinschaften in Lateinamerika förderte bzw. fördert die Bundesregierung in den Jahren 2017, 2019, 2021, 2023 und 2024 (bitte jeweils die fünf Projekte aufführen, welche die höchste Förderung erhalten haben)?
46. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Schließt die Bundesregierung, wie US-Präsident Joe Biden, einen NATO-Beitritt der Ukraine nach einem Waffenstillstand mit Russland aus (www.telegraph.co.uk/world-news/2024/06/04/ukraine-russia-war-live-russia-losses-casualties-nato-years/ und www.focus.de/politik/gegen-nato-isierung-der-ukraine-biden-schliesst-buendnis-beitritt-der-ukraine-aus_id_260006898.html), und inwiefern sieht die Bundesregierung in der Neupositionierung des US-Präsidenten bezüglich einer Nichtmitgliedschaft der Ukraine in der NATO einen Beitrag für eine mögliche politische Beendigung des Krieges in der Ukraine?

47. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Unterstützt es die Bundesregierung, dass die Ukraine beim NATO-Gipfel vom 9. bis 11. Juli 2024 keine Einladung zu einem NATO-Beitritt erhält, vor dem Hintergrund, dass es laut Angaben der US-Regierung voraussichtlich keine Einladung der Ukraine zum NATO-Beitritt geben wird (dpa-Meldung „USA: Einladung an Ukraine zu Nato-Beitritt bei Gipfel unwahrscheinlich“ vom 24. Mai 2024), und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

48. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verhält sich die Bundesregierung zu der Bitte der Länder Sachsen, Hamburg und Niedersachsen, Schwangerschaftsabbrüche zu entkriminalisieren (siehe dazu: www.lto.de/recht/nachrichten/n/jumiko-abtreibung-schwangerschaftsabbruch-218-stgb/) und einen diesbezüglichen konkreten Vorschlag bis zur nächsten Justizministerkonferenz im Herbst dieses Jahres zur gesetzgeberischen Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission auszuarbeiten?
49. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 10. Januar 2024 (Az. 2 Str 171/23) gesetzgeberischen Handlungsbedarf, um sicherzustellen, dass bei Betrugsdelikten, von denen häufig gerade ältere Menschen betroffen sind (wie bspw. Schockanrufe im Rahmen des sogenannten Enkeltricks), und bei Sexualstraftaten (sogar bspw. bei einer Tat gemäß § 177 Absatz 8 des Strafgesetzbuches durch einen Einzeltäter) Funkzellenabfragen wieder möglich sind (bitte auch ausführen, weshalb die Bundesregierung ggf. keinen Handlungsbedarf sieht), und wenn ja, welche gesetzgeberischen Maßnahmen plant die Bundesregierung (bitte auch ausführen, bis wann die Bundesregierung entsprechende Maßnahmen ggf. auf den Weg bringen will)?

50. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wird die Bundesregierung jetzt, nachdem sie bereits mehrfach sowohl vom UN-Frauenrechtsausschuss (CEDAW) als auch vom Menschenrechtskommissariat der Vereinten Nationen dazu aufgefordert wurde, Schwangerschaftsabbrüche zu legalisieren, und auch die Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis kam, dass das 30 Jahre alte grundsätzliche strafrechtliche Verbot des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten zwölf Wochen verfassungs-, europa- und völkerrechtlich sehr problematisch ist, konkrete Maßnahmen ergreifen, um Schwangerschaftsabbrüche bald bzw. noch in dieser Legislatur zu legalisieren, und wenn ja, welche, oder gedenkt sie, bis zum Ende dieser Legislatur den Bericht lediglich zu „prüfen“?
51. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche externen Gutachten hat das Bundesministerium der Justiz seit dem 1. Dezember 2023 in Auftrag gegeben (bitte nach Titel/Thema der Gutachten, beauftragtem Gutachter und Kosten der Gutachten aufschlüsseln), und was waren die konkreten Anlässe für die jeweiligen Gutachtaufträge?
52. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Gibt es innerhalb der Bundesregierung Bestrebungen, zu einer gemeinsamen Einschätzung zum seit Jahren diskutierten Thema der Pflichtversicherung gegen Elementarschäden zu kommen, bevor der Verlust der Versicherbarkeit eintritt, den die Forschenden der UN-Universität in Bonn im „Interconnected Disaster Risks“-Bericht als wesentlichen Kipppunkt in Sachen Klimawandel prognostizieren (siehe auch www.zdf.de/nachrichten/panorama/risiko-bericht-un-kipppunkte-100.html), und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

53. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf vor dem Hintergrund der vermehrt von der Deutschen Rentenversicherung festgestellten Scheinselbstständigkeit von Honorarkräften an Musikschulen, und wenn ja, wird eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens, z. B. in Form einer unabhängigen Prüfstelle zur zweifelsfreien Klärung des Beschäftigungsstatus, in Erwägung gezogen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

54. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, dem zur Versorgung der Ukraine absehbaren Engpass an Explosivstoffen wie TNT, HDX oder RMX entgegenzuwirken, und welche weiteren Herausforderungen sieht die Bundesregierung in der Umsetzung des EU-Instruments zur Unterstützung der Munitionsproduktion (Act in Support of Ammunition Production – ASAP)?
55. Abgeordneter
Jürgen Hardt
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung bei künftigen Einsätzen der Bundeswehr, vergleichbar dem Aspides-Einsatz im Roten Meer, die Kostenasymmetrie zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen vermeiden, und werden die deutschen Fregatten aus erwähnten ökonomischen Gründen zeitnah mit günstigeren Abwehrwaffen, wie z. B. Tamir-Raketen, nachgerüstet?
56. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Welche Mindest-Datenbandbreite kann das Kommunikationssystem SATCOMBw der Bundeswehr in Europa stabil zur Verfügung stellen, und welche Mindest-Datenbandbreite könnte Starlink nach Kenntnis der Bundesregierung der Bundeswehr in Europa stabil zur Verfügung stellen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 29 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/11539)?
57. Abgeordneter
Dr. Reinhard Brandl
(CDU/CSU)
- Welche bodengestützten Drohnen hat die Bundeswehr derzeit im Dienst, und lässt die Bundeswehr derzeit bodengestützte Drohnen entwickeln, und wenn ja, welche?
58. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Wird für Reservedienstleistende der territorialen Reserve eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt, und wenn ja, durch welche Behörde, und wie viele Reservedienstleistende wurden seit 2021 jährlich einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen?
59. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Werden freiwillig Wehrdienstleistende, die eine Dienstpostenausbildung im Rahmen des Projekts „Dein Jahr für Deutschland“ mit dem Ziel der Verwendung im „Heimatschutz“ antreten, sicherheitsüberprüft, und wenn ja, durch welche Behörde, und wie viele der genannten Personen wurden seit 2021 jährlich einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen?

60. Abgeordneter
**Dr. Hendrik
Hoppenstedt**
(CDU/CSU)

Inwiefern sind nach Kenntnis der Bundesregierung russische Angriffe auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 – etwa mittels Raketen, Marschflugkörpern, Hyperschallraketen, Drohnen, Artilleriegeschossen oder Gleitbomben – bereits vor den jüngsten Angriffen auf die Großstadt Charkiw unmittelbar von russischem Staatsgebiet ausgegangen, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung dazu, ob sich diese Angriffe schwerpunktmäßig gegen zivile oder militärische Ziele richten (bitte zu beiden Unterfragen jeweils näher ausführen)?

61. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)

Warum festbeauftragt die Bundesregierung im Rahmen des vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 5. Juni 2024 gebilligten Beschaffungsvertrages unter Tagesordnungspunkt (TOP) 19 („2. Änderungsvertrag zur Rahmenvereinbarung über die Lieferung von Geschossen 155 mm sowie Festbeauftragung“) ausweislich der Bezeichnung des TOP ausschließlich Geschosse, obwohl nach meiner Kenntnis der industrielle Auftragnehmer dieses Beschaffungsvertrages bereit und mit Blick auf die vorhandenen Kapazitäten in der Lage gewesen wäre und dies auch gegenüber der zuständigen Beschaffungsstelle angezeigt hat, volle Schüsse (also u. a. inklusive Zündern, Treibladungen sowie Treibladungszündern) und nicht nur die Geschosse zu liefern, und welche Vorauszahlungen leistet der Bund im Rahmen des Bundeshaushaltes 2024 bei Kapitel 1405 Titel 554 08 sowie im Jahr 2024 im Sondervermögen Bundeswehr bei Kapitel 1491 Titel 554 08 (bitte titelscharfe Angabe machen, jeweils unter Nennung der bereits geleisteten Vorauszahlungen, der vertraglich vereinbarten und im Laufe des Jahres noch zu zahlenden Vorauszahlungen sowie der zum heutigen Zeitpunkt absehbaren, aber noch nicht vertraglich gebundenen Vorauszahlungen)?

62. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Seit welchem Tag weiß die Bundesregierung, dass der im November 2023 gefundene Sprengstoff in der Nähe einer NATO-Pipeline – anders als ursprünglich in der Berichterstattung kolportiert (vgl. www.rheinpfalz.de/lokal/kreis-germersheim_artikel,-handgranaten-und-sprengstoff-im-erddopot-entdeckt-_arid,5578955.html) – dort nicht bereits vor längerer Zeit, sondern laut aktueller Aussage des Befehlshabers des Territorialen Führungskommandos erst „vor etwa ein bis eineinhalb Jahren deponiert“ wurde (www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-die-deutsche-kriegstuechtigkeit-im-realitaetscheck-a-bbd5a3a5-d82c-4f68-93c1-08bd1e3bf6b6), und welche konkreten Maßnahmen – gegebenenfalls als Reaktion auf die erwähnte Entdeckung des Sprengstoffs – hat die Bundesregierung grundsätzlich ergriffen, um die kritische militärische Infrastruktur abseits dieses Zufallsfundes systematisch gegen Sabotage zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

63. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Hat die Bundesregierung Pläne, die Aquakulturen in Deutschland tierschutzrechtlich angemessen zu regulieren bzw. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Aquakulturen durch EU-Verordnungen tierschutzrechtlich angemessen reguliert werden, und wenn ja, welche?
64. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Gutachtens der Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht e. V. (DJGT) vom 13. März 2024 (https://djgt.de/wp-content/uploads/2024/03/24_02_29_DJGT_StN_Ref_E_TierSchG_Verbaendeanh_2_2024_FINAL.pdf, S. 19 bis 22), dass eine Abschaffung von Akkordlöhnen in Schlachthöfen zu weniger Zeitdruck bei den betroffenen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und daher zu weniger Fehlern beim Betäuben der zu schlachtenden Tiere führen könnte?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

65. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus Verbindungen zum Kulturzentrum „Oyoun“ in Berlin, welches Medienberichten zufolge wegen Antisemitismusvorwürfen in der Kritik steht (vgl. www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/antisemitismusvorwurf-oyoun-gibt-den-kampf-gegen-joe-chialo-nicht-auf-in-einer-demokratie-muss-so-etwas-moeglich-sein-li.2207668, zuletzt abgerufen am 29. Mai 2024), und wenn ja, in welcher Form (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/3017, S. 4)?